

„Alternativen werden gar nicht untersucht“

Kritik an B 304-Ausbau beim Grünen-Infoabend in Altenmarkt – Besuch des Petitionsausschusses „ein gutes Zeichen“

Altenmarkt. Am Freitag, 19. April, kommt der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages nach Altenmarkt und St. Georgen und schaut sich vor Ort an, warum es so viele Einwendungen gegen den zweiten Bauabschnitt der Ortsumfahrung gibt. In Altenmarkt gibt es sowohl Befürworter als auch Gegner der B 304-Neutrassierung. Die Altenmarkter Ortsgruppe der Grünen informierte am Donnerstag in der „Husarenschänke“ darüber, welche Argumente dagegensprechen.

„Wir wollen keine Spaltung in Altenmarkt“

Robert Schirmer von der KAB Ortsgruppe appellierte: „Wir wollen wegen der Umfahrung keine Spaltung in Altenmarkt. Wir sollten uns lieber zusammensetzen und Argumente austauschen, damit für unsere Umwelt, Bevölkerung und Natur das Beste erreicht wird.“

Hans Fasenacht, Vorsitzender der Ortsgruppe der Grünen, gab bekannt, dass beim Besuch des Petitionsausschusses zwei Gruppen am Rathaus in Altenmarkt ihre Meinung kundtun werden, eine für und eine gegen den Ausbau. „Für eine unverbaute Bewahrung des Alzals, gegen Umweltzerstörung und Flächenfraß, gegen die Verschwendung von rund 100 Millionen Euro Steuergelder“, diese Devise verfolge ein Bündnis aus UVA, LBV, KAB, Grünen und „#b304neu?neindanke“.

Fasenacht fasste zusammen, was das Staatliche Bauamt plant. Der große, überregionale Plan sehe eine schnelle Verbindung zwischen den Autobahnen A 94 und A 8 vor, dazu müssten rund 30 Kilometer Bundesstraße neu gebaut werden. Für die 6,4 Kilometer lange Strecke der Ortsumfahrung Al-



An den Ausbauplänen der B 304 zwischen Mögling und St. Georgen zur Entlastung der Altenmarkter Ortsdurchfahrt scheiden sich die Geister. – Simulation: Staatliches Bauamt

tenmarkt seien 1152 Einwendungen eingegangen, die voraussichtlich im kommenden Jahr in einem Anhörungsverfahren behandelt werden. „In der Eingabe an den Petitionsausschuss wird ausgeführt, dass bei der Planung der ‚B 304 neu‘ Naturschutz, Überschwemmungsgebiete, Klimakrise und ÖPNV überhaupt nicht berücksichtigt sind.“

Der Bund Naturschutz, so Fasenacht, habe sich schon vor Jahren ausdrücklich für den Bau des Aubergtunnels ausgesprochen, um die Verkehrssituation in Altenmarkt zu entschärfen. Mit dem Abschnitt II sei der BN jedoch nicht einverstanden. Zu viel unbeschädigte Natur werde zerstört oder gefährdet, 32 Hektar Fläche würden versiegelt und der Landwirtschaft entzogen, geschützte Amphibien-

Fledermaus- und Vogelarten seien betroffen, und durch die Berg- und Talfahrten würden enorme Mengen an CO₂ und Abgasen freigesetzt.

Für Fasenacht wäre eine Stärkung des ÖPNV sinnvoller. Er sieht gute Chancen „in einer Aufwertung der Bahnlinie mit günstigen Tickets und schnelleren Verbindungen“.

oder einer gemeinsamen Buslinie, die Trostberg, Altenmarkt und Traunreut verbindet“. Auch sei man im Gespräch mit Bürgermeister Stephan Bier-schneider über einen Lärmaktionsplan zur Entlastung des Ortes. „Zusätzlich könnte man mit Tempo 30 oder Verkehrsinseln den Verkehr verlangsamen und Lärm reduzieren. Aber man will ja unbedingt diese unsägliche Umfahrung machen, und Alternativen werden gar nicht untersucht“, so sein Vorwurf an die planenden Behörden. Ein Ausbau der Staatsstraße, die im Osten von Trostberg nach Traunreut führt, könnte in Fasenachts Augen mit kleineren Veränderungen auch die gewünschte Entlastung für Altenmarkt bringen und würde nicht so viel freie Natur zerstören.

Bärbel Floßmann äußerte Verständnis für die Altenmarkter, die eine Entlastung dringend herbeisehen. Jedoch: „Durch den geplanten Ausbau würden ein Kilometer im Ort entlastet, dafür aber auf sechs Kilometern bisher unbelastetes Gebiet zerstört und wesentlich mehr Leute neu belastet.“

Eine junge Besucherin des Infoabends wies darauf hin, dass im Grundgesetz der Schutz der Um-

welt für nachfolgende Generationen verankert sei.

Der Petitionsausschuss hat, wie Hans Fasenacht erläuterte, keine „entscheidende Funktion“, könne nur Empfehlungen abgeben. Dennoch hoffe man auf das Verständnis der Besucher aus Berlin. Es sei auf jeden Fall ein gutes Zeichen, „dass die Herrschaften extra nach Altenmarkt kommen“.

Chancen auf dem Klageweg?

Chancen rechnen sich die Gegner der Umfahrung auf dem Klageweg nach Beendigung des Planfeststellungsverfahrens aus, „da die naturschutzrechtlichen und Umweltschutzbedenken bei dieser Straßenführung doch gewaltig sind“.

Hennig Schaub von der Grünen-Ortsgruppe sagte, er wohne im Zentrum von Altenmarkt, sei also auch vom Verkehr betroffen – und trotzdem gegen die Umfahrung, „weil diese gewaltige Zerstörung von Natur einfach nicht dafür spricht“.

– mix

THEMA KIESABBAU: „Bedarfsermittlung erfüllt nur Wünsche der Abbaunternehmen“

Zweites große Thema des Grünen-Infoabends war der Kiesabbau in Altenmarkt. „Diepling, Offling, Neustadl – rund um Altenmarkt gibt es Kiesgruben, wo man hinschaut“, sagte Hans Fasenacht. Ein Gutachten, das die Landtags-Grünen in Auftrag gegeben haben, habe gezeigt, dass die Praxis der Ermittlung des Bedarfs beim Kies- und Sandabbau in Bayern nicht den rechtlichen Anforderungen ge-

nüge. „Sie ist rechtswidrig“, meinte der Ortsvorsitzende. Die Bedarfsermittlung diene dem ausschließlichen Zweck, die Wünsche der Abbaunternehmen zu erfüllen und durch großzügige Gebietsausweisung sicherzustellen, dass der ermittelte Bedarf in jedem Fall gedeckt werden kann. Es fehle an politischer Steuerung und einem klaren Plan für ein zukunftsfestes Bayern.

Fasenacht ging auf das im März 2024 vom Gemeinderat befürwortete neue Kiesabbaugebiet bei Neustadl ein. „Warum in der Presse berichtet wird, dass der Gemeinderat nur zustimmen darf, ist unverständlich“, sagte er. Die Gemeinderäte seien laut Gemeindeverordnung „nur dem öffentlichen Wohl verpflichtet“ und unterlägen keiner Weisung. Es stimme, dass das

Landratsamt den Kiesabbau auch ohne Einverständnis der Gemeinde genehmigen könne. „Der Gemeinderat hätte aber die Möglichkeit, ein Zeichen zu setzen und zu zeigen, dass man nicht einverstanden ist. Damit könnte erreicht werden, dass genauer hingeschaut und geprüft werden muss, ob öffentliche Belange betroffen sind und etwas gegen ein neues Abbaugelände spricht.“

– mix